



**Kerstin Müller**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Außenpolitische Sprecherin

---

## **10 Thesen - Wie weiter in Nahost?**

10. Februar 2010 \*

### **These 1: Rahmenbedingungen in Nahost haben sich geändert: Anlass für eine neue Positionsbestimmung**

Drei Jahre nach dem Wahlsieg der Hamas und seiner Nichtanerkennung durch die USA und die EU im Januar 2006, dem zwei Kriege, im Libanon und in Gaza folgten, gibt es Anlass für eine neue Positionsbestimmung. Die Rahmenbedingungen im Nahost haben sich geändert:

- Mit der neuen US-Regierung gibt es zwar einen neuen Blick auf die Region, doch der Nahostbeauftragte des Präsidenten - George Mitchell - ist mit seinen Bemühungen, den Gesprächsprozess zwischen Israelis und Palästinensern wieder in Gang zu setzen, bislang gescheitert. Trotz der erklärten Absicht, dem Nahen Osten auf der politischen Agenda hohe Priorität einzuräumen, fruchten die neuen diplomatischen Ansätze z.B. gegenüber Syrien nicht.
- Auf beiden Seiten stehen im Konflikt dominante politische Kräfte, die sich nicht kompromissbereit zeigen. Die Palästinenser sind politisch gespalten und politisch handlungsunfähig. Nach den Wahlen in Israel stehen Ministerpräsident Netanjahu und sein Außenminister Lieberman für eine harte Linie im Konflikt und zeigen wenig Kompromissbereitschaft für eine Zwei-Staatenlösung.
- Der Gazakrieg hat die Ausgangslage für eine friedliche Konfliktlösung weiter verschlechtert. Die Spaltung unter den Palästinensern wurde vertieft und die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen hat sich verschärft. Die friedenspolitisch orientierten Kräfte in der Region wurden marginalisiert. Der Ruf nach einer internationalen politisch stärkeren Einmischung, nach einer aktiveren Rolle externer politischer Akteure wird immer lauter.

### **These 2: Der Krieg in Gaza war kontraproduktiv**

- Der Goldstone-Bericht hat zu Recht beide Seiten konkreter Verstöße gegen das internationale Kriegsrecht bezichtigt. Wir verurteilen sowohl den völkerrechtswidrigen Beschuss durch Qassam-Raketen aus dem Gazastreifen wie auch die Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch Israel. Wir bedauern, dass die Bundesregierung dem Bericht in der UN-Generalversammlung nicht zugestimmt hat.

*\*Aktualisierte Fassung des am 02.03.2009 erschienenen Thesenpapiers „10 Thesen – Wie weiter in Nahost“ von Kerstin Müller und Jürgen Trittin*

- Die Folgen des Krieges sind desaströs: Aufgrund der andauernden Blockade, die eine völkerrechtswidrige Kollektivstrafe darstellt, konnte auch ein Jahr nach dem Kriegsende mit dem Wiederaufbau im Gazastreifen nicht begonnen werden. Aufforderungen der internationalen Staatengemeinschaft blieben unbeachtet. Weder die UN noch die EU haben ihren Worten und Beschlüssen irgendwelche Taten folgen lassen, um damit ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.
- Die Hamas ist zwar militärisch geschwächt, konnte aber seit dem ihre Herrschaft im Gazastreifen konsolidieren. Die Verantwortung für die desaströse humanitäre Lage und die Kriegstoten wird Israel zugeschrieben.
- Präsident Abbas wurde durch den Konflikt geschwächt. Die politische Spaltung Palästinas zwischen Fatah/PA und Hamas wurde vertieft.
- Der Schmuggel von Waren und Gütern, darunter auch Waffen durch Tunnel aus Ägypten wurde nicht unterbunden. Solange eine Lösung für die Grenzüberwachung nicht mit allen Seiten verhandelt und eine Grenzöffnung nicht umgesetzt ist, besteht auch kaum Aussicht auf Stopp des Schmuggels.
- Bis heute beruht die labile Waffenruhe im Gazastreifen auf einseitigen Erklärungen Israels und der Hamas. Es besteht zur Zeit keinerlei Aussicht, dass es zu einer gemeinsamen Vereinbarung über einen beidseitigen Waffenstillstand kommt. Auch der Gefangenenaustausch (Gilad Shalit gegen palästinensische Gefangene) wurde immer noch nicht umgesetzt.

### **These 3: Die vom Quartett betriebene Politik des „Westbank First“ und der Isolierung Gazas ist gescheitert**

- **Durch die vom internationalen Quartett betriebene Politik des „Westbank First“ wurde keine relevante Schwächung oder gar die Zerstörung der Hamas erreicht. Hamas ist nach wie vor gesellschaftlich tief verwurzelt.** Der gescheiterte Osloprozess hat zu ihrem Wahlsieg in 2006 geführt; der gescheiterte Annapolis-Prozess und die bisher gescheiterten Bemühungen des Präsidenten Obama haben die Spaltung der Palästinenser forciert und dabei vor allem **Fatah und Abbas geschwächt**, die auf Verhandlungen gesetzt haben, aber gegenüber ihrer Bevölkerung keine sichtbaren Fortschritte für die Lebensrealität der Palästinenser in der Westbank (Siedlungsausbau u. Checkpoints) vorweisen konnten.
- Hamas, nicht die Fatah hat in den Augen der Palästinenser insgesamt zunehmend an Legitimität gewonnen. Die westliche, noch von der Regierung Bush geprägte und von Obama fortgesetzte Politik der Isolation und **Schwächung der Hamas ist gescheitert**. Die demokratische Entwicklung in beiden Teilen Palästinas hat einen herben Rückschlag erlitten.
- Die Wahlen von 2006, aus denen Hamas als Sieger hervorging, wurden von den USA wie der EU befürwortet und als frei und fair begutachtet; allerdings der Wahlsieg nicht anerkannt.
- Die Hamas-Regierung wurde seit ihrem Wahlsieg 2006 durch die Boykottpolitik der USA und der EU letztlich ihrer Regierungsverantwortung entledigt, da sie aufgrund der diplomatischen Isolierung und des Finanzierungsstopps eine **Märtyrerrolle** einnehmen konnte.

#### **These 4: Schlüsselfrage: Wie umgehen mit der Hamas ohne sie gleichzeitig weiter aufzuwerten?**

- Will man auch künftig weiter auf eine Verhandlungslösung setzen, braucht man **einen von der palästinensischen Bevölkerung anerkannten Verhandlungspartner**. Nur ein durch Neuwahlen legitimierter Präsident und Regierung werden den notwendigen Rückhalt für Gespräche mit Israel haben. Auch die europäischen Maßnahmen zum Aufbau eines palästinensischen Staates würden dann nicht länger ins Leere laufen bzw. den internen Machtkampf verstärken.
- Damit wird die Frage des **Umgangs mit der Hamas zu einer Schlüsselfrage**. Die USA **wie die EU befinden sich in einem Dilemma**. Einerseits besteht die Gefahr einer Aufwertung durch die Einbeziehung der Hamas in einen Dialog, was angesichts ihrer politischen Ziele und islamistischen Agenda nicht wünschenswert ist. Andererseits braucht man aber einen von der palästinensischen Bevölkerung anerkannten Verhandlungspartner, soll die Verhandlungsperspektive künftig überhaupt noch eine Chance haben.
- Dabei lautet die Frage schon lange nicht mehr „mit Hamas reden oder nicht“. Das tun selbst die Israelis. Vielmehr geht es darum den politischen Prozess zu beschreiben, wie Hamas als islamistischer Akteur **Schritt für Schritt in einen tragfähigen politischen Prozess eingebunden** werden kann - vergleichbar dem Dialogprozess mit der PLO, an dessen Ende auch die Anerkennung Israels durch die PLO stand.
- Zunächst sollten die von Ägypten oder der arabischen Seite vermittelten Gespräche über eine **Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas durch die EU** unterstützt werden. Die **Europäer müssen deutlich machen, dass sie zur weiteren Zusammenarbeit mit beiden** Seiten bereit sind, wenn Fatah und Hamas sich in einer Übergangsregierung zusammenschließen. Diese könnte wieder ein **gemeinsames Regieren für Gaza und Westbank** ermöglichen und hätte dann die Aufgabe der Vorbereitung von Neuwahlen. Mit einer solchen klaren EU-Position könnte der Druck zur Bildung einer Einheitsregierung erhöht und die ägyptischen Bemühungen unterstützt werden. Teil dieses Prozesses müssen demokratische freie Wahlen in ganz Palästina sein, weil nur so die Akteure die notwendige politische Legitimität zurückgewinnen können. Es muss also darum gehen, dass die EU endlich selbst aktiv die Versöhnung zwischen Fatah und Hamas unterstützt und die Bildung einer Einheitsregierung von beiden Seiten einfordert.
- Dieses Dialogangebot sollte außer dem **Gewaltverzicht** und der Bildung einer Einheitsregierung **keine weiteren Bedingungen** zur Voraussetzungen von Gesprächen machen. **Ziel** dieser Gespräche muss die Anerkennung Israels durch die Palästinenser sein.

#### **These 5: Die Zeit für eine Zweistaatenlösung läuft ab**

Das **Zeitfenster für die beschriebenen Maßnahmen ist nicht unendlich**. Die demographische und räumliche Entwicklung von Israel, Gaza und Westbank sprechen zunehmend dagegen:

- Siedlungsbau und fortschreitende Landnahme im Westjordanland und Jerusalem schaffen Fakten, die zunehmend irreversibel zu werden drohen.
- Die Trennung zwischen Gaza und Westbank verstärkt sich.

- Eine „Ein-Staaten-Lösung“ ist für alle Israelis unvorstellbar (da jüdischer Charakter des Staates gefährdet wäre) und unrealistisch, wird aber von palästinensischer und internationaler Seite aufgrund der Krise der Zweistaatenlösung in die Diskussion gebracht.
- Das Scheitern der Bemühungen der Regierung Obama, Israel zu einem umfassenden Siedlungsstopp zu bewegen, um dadurch Verhandlungen wieder in Gang zu setzen, sind gescheitert, da die israelische Regierung zu einem glaubwürdigen Siedlungsstopp nicht bereit ist. Solange die USA und die internationale Gemeinschaft ihren Forderungen nach Respektierung völkerrechtlicher Normen z.B. durch einen konsequenten Siedlungsstopp und die Beendigung der Blockade des Gazastreifens nicht durch Maßnahmen Nachdruck verleiht, wird es mit der Regierung Netanjahu keine Perspektive für substanzielle Verhandlungen geben.

#### **These 6: Mehr internationales Engagement ist notwendig - Beide Konfliktparteien müssen zu Verhandlungen gedrängt werden**

- Während der ersten sieben Jahre der Bush-Administration wurde der **Nahostkonflikt international sträflich vernachlässigt**. Der Annapolis-Prozess war keine aussichtsreiche Friedensinitiative, da er nicht die Kernprobleme angesprochen hat und die Beteiligten von niemandem darauf verpflichtet wurden, ihre eigenen Zusagen einzuhalten – vom Gewaltverzicht bis zum Stopp des Ausbaus von Siedlungen.
- Es ist deutlich geworden: Eine internationale Politik, die nur **Krisenmanagement, aber keine Konfliktlösung** zum Ziel hat, führt nicht nur nicht weiter, sondern erhöht das Risiko einer wiederholten Konfliktverschärfung. Deshalb ist mehr politisches Engagement notwendig. Umso mehr, wenn auf beiden Seiten radikale Kräfte erstarken, die eine Zweistaatenlösung ablehnen.
- Die Stationierung von internationalen Truppen oder Beobachtern, die in jüngster Zeit diskutiert wird, lehnen beide Konfliktparteien derzeit ab. Doch eine dauerhafte Friedensregelung wird unter Umständen nur möglich sein, wenn im Einverständnis mit den Konfliktparteien internationale Kräfte etwaige Sicherheits- und Grenzvereinbarungen garantieren und sichern.
- Sowohl die EU als auch, vor allem, die USA haben großen Einfluss auf die Akteure, nicht zuletzt durch umfangreiche Finanzierung bzw. Bezuschussung beider Haushalte. Dies muss in politisches Kapital umgesetzt werden, indem **beide Seiten zu Verhandlungen und den notwendigen Kompromissen gedrängt werden**.
- Angesichts der Konfliktdynamiken im Nahen Osten und des tiefen Misstrauens zwischen den Konfliktparteien wird ohne diplomatische Hilfestellungen der internationalen Gemeinschaft eine Konfliktregelung, die völker- und menschenrechtliche Bedingungen erfüllt, nicht zustande kommen.

#### **These 7: EU und USA müssen konkrete Schritte in Richtung einer tragfähigen und umfassenden Konfliktregelung unternehmen**

- Die Sicherheit für die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten kann auf Dauer nur gesichert werden, wenn es gelingt, aus der brüchigen Waffenruhe einen **dauerhaften Waffenstillstand** zu entwickeln.
- **Eine Öffnung der Grenzen** nach Gaza für Waren und humanitäre Güter ist die zentrale Voraussetzung für den Wiederaufbau im Gazastreifen. Ohne Grenzöffnung werden auch Schmuggel und Tunnelbau (auch für nicht-militärische Güter) nicht eingedämmt werden können. Die bis heute andauernde Blockade des Gazastreifens führt dort zu

einer humanitären Katastrophe und stellt weiterhin eine völkerrechtswidrige Kollektivstrafe dar.

- Die Umsetzung der Vereinbarung von 2005, die nach dem israelischen Abzug darauf abzielte, Bewegungsfreiheit und Zugang für Personen- und Waren nach Gaza zu garantieren und die Gaza-Westbank Verbindung zu erhalten, muss erweitert werden um Maßnahmen zur effektiven Verhinderung des Schmuggels (u.a. Rückkehr Grenzmission EU-BAM).
- **Der Gefangenenaustausch** (Gilad Shalit gegen palästinensische Gefangene) muss endlich umgesetzt werden. Wir begrüßen das aktive Engagement deutscher Behörden bei der Vermittlung eines humanitären Austausches und fordern sie auf, in Abstimmung mit Ägypten die Bemühungen zu verstärken und zu beschleunigen.
- Die EU muss aktiv die **Versöhnung zwischen Fatah und Hamas** unterstützen, die Bildung einer neuen Einheitsregierung von beiden Seiten einfordern und deren Anerkennung und Unterstützung in Aussicht stellen, um wieder zu einem legitimen politischen Prozess in Palästina zurückzukehren. Die baldige Ansetzung von Neuwahlen muss das Ziel sein.
- Dies alles wird nicht ausreichen, um wieder eine **politische Perspektive** zu eröffnen, d.h. Verhandlungen mit dem Ziel einer Zweistaatenlösung und umfassenden Friedenslösung in der Region. Dazu bedarf es konkreter Maßnahmen, die der fortschreitenden Veränderung des *status quo* durch Israel Einhalt gebieten. Das Zeitfenster für eine friedliche Konfliktregelung im Sinne einer Zweistaatenlösung droht sich ansonsten zu schließen.

#### **These 8: Die EU sollte nicht auf US-Initiativen warten, sondern aktive Nahostpolitik betreiben**

- Im **Gazakrieg hat die EU völlig versagt** und nicht zu einer gemeinsamen Haltung gefunden. Nicht zuletzt Merkel hat durch ihre einseitige Parteinahme für Israel ein koordiniertes diplomatische Vorgehen unmöglich gemacht. Im Ergebnis ist der EU weder die Vermittlung einer Waffenruhe gelungen, noch verfügt sie über eine gemeinsame Strategie für eine friedliche Regelung des Nahost-Konflikts.
- Die **EU darf sich nicht nur auf „Konfliktmanagement“ verlegen**, d.h. z.B. technische Unterstützung oder humanitäre Hilfe leisten. Die EU muss auch Verantwortung für eine politische Regelung des Nahost-Konfliktes übernehmen. Vermittlung sollte zwar in Abstimmung mit den regionalen Akteuren wie Ägypten geschehen; aber die **EU darf nicht auf eigene Diplomatie verzichten** und humanitäre Hilfe sowie Entwicklungszusammenarbeit als Politikersatz betreiben.
- Die EU kann die USA nicht ersetzen oder um Einfluss in der Region konkurrieren. Gewiss werden die USA auch in Zukunft der wichtigste externe „Player“ im Nahen Osten sein. Doch die Komplementarität, die jahrzehntelang europäische und US-amerikanische Politik in der Region geprägt hat, muss endlich wieder aktiv genutzt werden. Wir bedauern deshalb, dass die EU das politische Vakuum während des Abtritts der Regierung Bush und der Arbeitsfähigkeit der Regierung Obama nicht genutzt hat, um gerade in den Monaten nach dem Ende des Gazakrieges Impulse für einen neuen Friedensprozess zu geben.

- Das Nahostquartett (EU, USA, Russland, UN) diene der Erarbeitung und Abstimmung einer gemeinsamen Nahostpolitik. Die Bush-Regierung hat es weitgehend ignoriert. Versuche der EU, das scheinote Quartett zu neuem Leben zu erwecken, war kein Erfolg beschieden. Das Nahostquartett wird nur einen Beitrag zur Lösung des Konfliktes leisten können, wenn es gelingt, sich auf eine gemeinsame Strategie zu verständigen.
- Spezifische Aufgabe deutscher und europäischer Politik sollte es auch sein, die wirtschaftlichen, administrativen und diplomatischen Kapazitäten der palästinensischen Seite zu stärken, damit ein Verhandlungsprozess nicht an disproportionalen Kapazitäten scheitert.
- Aus europäischer Sicht ist die Unterstützung der palästinensischen Staatswerdung prioritär. Doch im europäischen Interesse liegt nicht die Errichtung irgendeines palästinensischen Staates, sondern die Etablierung eines demokratischen Staates, der die Menschenrechte wahrt und zur friedlichen Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn bereit ist. Dies gilt es insbesondere bei der Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde zu berücksichtigen.

### **These 9: Syrien ist Schlüsselstaat für den Frieden - neue regionale US-Ansätze sollte die EU unterstützen, um Blockaden im Nahostkonflikt zu überwinden**

- Die syrisch-israelischen Verhandlungen waren in der Vergangenheit schon weit gediehen. Schlüsselfrage ist die Rückgabe des Golan. Jüngste Gespräche unter türkischer Vermittlung sind eingefroren, aber **ein syrisch-israelischer Verhandlungsfrieden ist erreichbar**.
- Syrien wurde von der Bush-Regierung konsequent isoliert. Das Ergebnis war unter anderem eine stärkere syrische Allianz mit dem Iran. Bundesregierung, EU und USA müssen entschiedener für eine schrittweise Einbindung Syriens in den diplomatischen Prozess eintreten.
- Syrien bleibt eine Diktatur mit vielen menschenrechtlichen Problemen. Präsident Bashar Al-Assad fährt einen wirtschaftspolitischen Reformkurs, ist aber um seinen Machterhalt besorgt. Dennoch tritt er glaubhaft öffentlich für einen Frieden mit Israel ein. Ein Friedensschluss böte die **Aussicht auf mehr Vertrauen in der Region** und ein Ende der strategischen Unterstützung Syriens für die Hisbollah und Hamas (Khaled Mesh'al in Damaskus) sowie die enge Bindung an Iran.
- Der kontrollierte **Rückzug der USA aus dem Irak** dürfte die Chancen für eine Entspannung des Verhältnisses zwischen Syrien und den USA begünstigen.
- Das **iranische Atomprogramm** löst in Israel existentielle Bedrohungsängste aus, die ernst genommen werden müssen und denen mit aktiven Bemühungen um eine Lösung im Atomstreit begegnet werden muss. Der US-Angriff auf den Irak hat aber gerade die Rolle des Iran gestärkt. Ein israelischer Angriff gegen iranische Nuklearanlagen muss unter allen Umständen verhindert werden. Eine **regionale Eskalation** wäre zu befürchten, die sich auch negativ auf den israelisch-palästinensischen Konflikt auswirken würde. Die Vision des amerikanischen Präsidenten Obama von einem atomwaffenfreien Nahen und Mittleren Osten verdient unsere Unterstützung.
- Iran blockiert Fortschritte in Nahost und ist durch die in erster Linie finanzielle Unterstützung von Hamas und Hisbollah ein einflussreicher „Spoiler“. Der nun von der Obama-Regierung begonnene direkte Dialog mit dem Iran und neue politische Angebote der internationalen Gemeinschaft erhöhen die Chancen für eine politische Lösung des Konflikts, wobei zur Zeit fraglich ist, ob Iran dazu inzwischen noch bereit ist.

## **These 10: Existierende Pläne als Verhandlungsgrundlage nutzen: Arabische Friedensinitiative und Genfer Initiative**

- Das Paradoxe am Nahostkonflikt ist: Die **Blaupausen für eine Konfliktregelung liegen auf dem Tisch**. Alle Beteiligten und informierten Beobachter von außen wissen, wie ein Kompromiss letztlich aussehen muss. Die **Genfer Initiative** hat eine ausgewogene Zweistaatenlösung durchdekliniert, die beiden Seiten Kompromisse abverlangt: Israel u.a. die Teilung Jerusalems und Auflösung von Siedlungen, den Palästinensern die Aufgabe ihres Rechts auf Rückkehr und eine Entschädigung der Flüchtlinge. Internationales Engagement wird jedoch nicht nur für das Zustandekommen einer Friedensregelung, sondern auch für deren dauerhafte Absicherung notwendig sein.
- Eine einmalige Chance bietet darüber hinaus die **Arabische Friedensinitiative** von 2003: Alle Mitgliedsstaaten der arabischen Liga erklären ihre Bereitschaft, ihre Beziehungen mit Israel zu normalisieren, wenn die Besatzung beendet wird und eine Friedensvereinbarung getroffen wird. Diese Arabische Friedensinitiative ist bislang sträflich ignoriert worden. Nach dem Gazakrieg wurde die Initiative noch einmal bekräftigt, gleichzeitig wurde aber auch von arabischer Seite betont, dass sie nicht ewig auf dem Tisch bleibt.

### **Nachwort:**

#### **Die deutsche Verantwortung und der israelisch-palästinensische Konflikt.**

Politik und Öffentlichkeit in Deutschland tun sich schwer im Umgang mit dem Nahost-Konflikt. Das trifft auch auf uns Grüne zu. Die Verpflichtung gegenüber Israel und seinem Recht auf Sicherheit gehören für uns zu den Eckpunkten deutscher Außenpolitik. Wir haben eine Verantwortung aus unserer Geschichte für die Zukunft geerbt. Diese Verantwortung für die Zukunft besteht dauerhaft und kann nicht durch einen Schlussstrich beendet werden.

Aus dieser Verantwortung heraus leitet sich unser Einsatz für ein Israel ab, dass in Frieden und Sicherheit mit seinen Nachbarn lebt. Frieden und Sicherheit Israels können auf Dauer jedoch nur gesichert werden, wenn alle nahöstlichen Staaten in Sicherheit und Frieden leben. Dies beinhaltet insbesondere das Recht Israels auf sichere und anerkannte Grenzen und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf einen lebensfähigen Staat. Deutsche Politik gegenüber den Ländern des Nahen Ostens kann weder einseitig „pro-israelisch“ noch einseitig „pro-palästinensisch“ sein. Ausgewogenheit und friedenspolitische Orientierung können aber nicht bedeuten, indifferent zu sein oder in Sachfragen nicht eindeutig Position zu beziehen. Die deutsche Verantwortung bezieht sich auf die Existenz des Staates Israel und seiner Bürgerinnen und Bürger, aber nicht auf jede Politik gleich welcher israelischen Regierung. Ausgewogen und neutral kann man gegenüber den *Konfliktparteien* sein, aber nicht gegenüber der *Politik dieser Parteien*. So kann es keine Neutralität bei Menschenrechtsverletzungen geben. Dies widerspräche einer anderen Verpflichtung aus unserer Vergangenheit, nämlich für Menschen- und Völkerrecht einzutreten.

Das deutsch-israelische Verhältnis ist zum einen durch die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, zum anderen aber auch durch eine wachsende Intensität und Tiefe der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel geprägt. Der freundschaftliche und kritische Dialog auf der gesellschaftlichen Ebene muss sich auch auf der politischen Ebene widerspiegeln. Das bedeutet einerseits, dass wir jeglichen Versuchen, die historische Schuld der Deutschen gegenüber den Juden dadurch zu relativieren, dass heute

im Hinblick auf die Besatzungspolitik Israels Analogien zur NS-Zeit gezogen werden, entschieden entgegen treten . Ebenso einer Kritik, die nicht auf israelisches Regierungshandeln, sondern auf eine kollektive Dämonisierung des jüdischen Volkes in Israel – womöglich unter Anspielung auf antisemitische Ressentiments - zielt. Andererseits wird deutsche Politik nur glaubwürdig sein und damit alten und neuen Antisemitismen nur dann wirksam entgegenwirken können, wenn bei der Bewertung israelischen Regierungshandelns die gleichen völker- und menschenrechtlichen Maßstäbe Anwendung finden, die auch für andere Staaten gelten. Es geht nicht um „Israelkritik“, sondern um Kritik an einer bestimmten israelischen Politik, die nicht in diesem Sinne dem Frieden in der Region dient.